



Zusammenfassung des Buches von
Kate Pickett und Richard Wilkinson

Gleichheit ist Glück

Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind

LIANA FIX
Juni 2010

Einleitung

Es ist eine Grundthese der sozialen Demokratie, dass eine gerechte Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Macht möglichst gleich verteilt sind, eine bessere Gesellschaft ist. Diese Annahme wird nun empirisch gestützt von der Studie der Epidemiologen Kate Pickett und Richard Wilkinson aus Großbritannien. Bei ihren langjährigen Recherchen zu Divergenzen im Gesundheitssystem fanden die beiden Forscher heraus, dass der ausschlaggebende Faktor für eine prosperierende und sozial funktionsfähige Gesellschaft nicht das durchschnittliche Wohlstandsniveau ist, sondern die Einkommensverteilung. Es ist die Differenz zwischen den oberen 20 Prozent und den unteren 20 Prozent einer Bevölkerung, die über gesundheitliche und gesellschaftliche Phänomene wie Lebenserwartung, psychologische Erkrankungen, Gewalt und Analphabetismus entscheidet. Eine weit auseinandergehende Schere zwischen arm und reich benachteiligt daher nicht nur einkommensschwache Bevölkerungsschichten, sondern schadet der ganzen Gesellschaft.

Um diese These zu belegen, haben die beiden Wissenschaftler umfassendes statistisches Material verschiedener Forschergruppen aus Universitäten und Organisationen zusammengetragen. Zunächst vergleichen sie die Einkommensverteilung in den 23 reichsten Ländern der Welt.¹ Im nächsten Schritt wird ein Index erstellt, der den Grad der Ungleichheit fest stellt, indem er misst, um wie viel die wohlhabendsten 20 Prozent einer Bevölkerung reicher sind als die ärmsten 20 Prozent. Deutschland liegt dabei im oberen Drittel der tendenziell sozial gleicheren Länder. Für die USA gibt es einen eigenen Index, der innerhalb der einzelnen Staaten differenziert. Der Ungleichheitsindex wird schließlich mit Datenmaterial zu gesellschaftlichen Fragestellungen verknüpft: Vertrauen, psychische Erkrankungen und Sucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen und soziale Mobilität².

¹ Nach Datenerhebung der Weltbank von 2002. Davon ausgenommen sind Länder, deren Bevölkerung weniger als drei Millionen beträgt, sowie Länder, über die keine gesicherten Informationen zur Einkommensverteilung vorlagen.

² Die Daten zu diesen Untersuchungen stammen aus Erhebungen der OECD, der UNO und der WHO.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Frage, warum einige Krankheiten in einer Gesellschaft häufig, in einer anderen nur selten auftreten oder aber nur bestimmte Schichten treffen. Eine Antwort darauf bietet der Ansatz, Erkrankungen nicht als individuelles Gesundheitsproblem zu betrachten, sondern ihre Ursachen in den sozioökonomischen Strukturen einer Gesellschaft zu suchen: Gesundheit ist nicht nur biologisch, sondern auch sozial determiniert.

Wirtschaftlicher Erfolg - Soziales Scheitern

Es ist ein bemerkenswertes Paradox: Obwohl in den entwickelten Industriegesellschaften Reichtum und Wohlstand wie nie zuvor herrschen, leiden immer mehr Menschen an Ängsten und Depressionen. Ein allgemeiner Werteverfall innerhalb der Gesellschaft wird ebenso beklagt wie die zunehmende Missachtung von Recht und Gesetz. Doch es fehlt der Politik vielerorts eine ganzheitliche Vision für das gesellschaftliche Zusammenleben. Anstatt dessen steht bei politischen Einzelmaßnahmen häufig die Verbesserung der Situation des Individuums im Zentrum. Am Ende einer langen historischen Entwicklung ist also das ökonomische Wachstum allein nicht mehr Maßstab für Wohlergehen und Wohlbefinden der Bürger. Die Kernfrage lautet daher: Wenn wachsender Wohlstand unsere gesellschaftlichen Probleme nicht mehr lösen kann, was dann?

Es lässt sich empirisch belegen, dass es eine Einkommensschwelle gibt, ab der die Lebensqualität sich nicht mehr verbessert. So ist zwar zum Beispiel das durchschnittliche pro Kopf Einkommen in Norwegen oder den USA mit über 40.000 Dollar weit höher als in Frankreich (knapp über 30.000 Dollar), dennoch ist weder die Lebenserwartung in Norwegen oder den USA höher, noch bezeichnen sich mehr Bürger als glücklich. Diese Tendenz lässt sich für alle entwickelten Industriestaaten feststellen.

Lebenserwartung und Wohlbefinden werden allerdings eindeutig von der sozialen Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft beeinflusst: Vergleicht man zum Beispiel das Durchschnittseinkommen und die Sterberaten in reichen und ärmeren Bezirken der USA, ergibt sich ein klarer Zusammenhang: Ein höheres Einkommen bedeutet auf jedem sozialen Niveau niedrigere Sterberaten. Einkommensunterschiede innerhalb einer Gesellschaft beeinflussen die Lebensqualität also weit stärker als das Durchschnittseinkommen einer Gesellschaft im Vergleich zu anderen entwickelten Industriestaaten.

Die Kosten der Ungleichheit

Welche Folgen hat eine weit geöffnete Einkommensschere für den Zustand einer Gesellschaft? Die USA, eines der ungerechtesten Länder der Welt hinsichtlich der Einkommensverteilung erlebten im Jahr 2005 mit dem Hurrikan Katrina, wie schnell gesellschaftliche Ordnung und Solidarität zusammenbrechen können und es zu Misstrauen und Plünderungen kommt. Wovon aber sind Vertrauen und gesellschaftlicher Zusammenhalt abhängig? Laut den statistischen Ergebnissen von Pickett und Wilkinson ganz klar davon, wie gleich und gerecht eine Gesellschaft ist: In Ländern mit größerer Gleichheit in der Einkommensverteilung wie Japan und Norwegen sind mehr Menschen bereit, ihren Mitbürgern zu vertrauen.

Ähnliche Zusammenhänge werden ermittelt zwischen der Ungleichheit einer Gesellschaft und physischer sowie physischer Gesundheit; dazu gehören Lebenserwartung, Depressionen, Drogensucht, Kindersterblichkeit und Fettleibigkeit. Letztere ist von einem Symbol des Wohlstands zu einem Stigma der Armut geworden: So nahm zum Beispiel das Phänomen der Fettleibigkeit in den neuen Bundesländern Deutschlands in den Jahrzehnten nach dem Mauerfall signifikant zu. Das liegt jedoch, laut den Forschern, nicht an zunehmendem Wohlstand in der ehemaligen DDR, sondern an den ungleich verteilten Einkommen zwischen Ost und West. Die zunehmende Armut manifestiert sich unter anderem in Übergewicht.

Im internationalen Ländervergleich zeigt sich auch, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Ungleichheit einer Gesellschaft und schulischen Leistungen besteht. Die Lese-Schreib-Kompetenz³ von Schülern hängt auch davon ab, in welchem Land sie aufwachsen: In einer egalitären Gesellschaft wie Finnland sind die Ergebnisse besser als in den USA - obwohl dort das Durchschnittseinkommen höher ist. Die Diskrepanz wird umso größer, je niedriger der Bildungsstand der Eltern ist. Kinder aus bildungsferneren Schichten haben es also in ungleichen Gesellschaften viel schwerer, gute Leistungen zu erbringen – aber auch Kinder aus Bildungsfamilien schneiden schlechter ab.

Sehr deutlich und nachhaltig lässt sich auch der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Gewalt beweisen: Zunehmende Ungleichheit ist immer begleitet von einer Zunahme der Gewaltverbrechen. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Mordrate in den USA, die um ein Zwölffaches höher liegt als in Japan. Vor allem bei jungen Männern verschärft sich bei erhöhter Ungleichheit die Statuskonkurrenz untereinander und damit die Neigung zur Gewaltanwendung.

Bei diesen gesundheitlichen und sozialen Problemen handelt es sich nicht um zufällige Korrelationen. Vielmehr gibt es eine starke Kausalität: Ungleichheit ist in den meisten Fällen die Ursache für soziale Defekte. Reiche Industrieländer haben also nicht per se eine bessere und gerechtere Gesellschaft als weniger entwickelte Länder, im Gegenteil: In der Tendenz schneiden reiche, aber ungleiche Länder wie die USA in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens schlechter ab als Länder, die zwar insgesamt weniger wohlhabend sind, aber keine starken Einkommensunterschiede verzeichnen. Dabei ist es nicht nur die Situation der ärmeren Bevölkerungsschichten, die den Durchschnitt negativ beeinflusst. Für die USA bedeutet das zugespitzt: Nimmt man nur die Sterberaten aller weißen US-Amerikaner, die sozial durchschnittlich besser gestellt sind als andere ethnische Gruppen, sind diese immer noch weit höher als die Sterberaten eines Landes, in dem größere soziale Gleichheit herrscht.

Woran liegt es, dass reiche Länder so anfällig sind für Ungleichheit? In einer wohlhabenden Gesellschaft ist nicht mehr nur der Reichtum relevant, sondern vor allem der soziale Status. Eine ungleichere Gesellschaft verstärkt die sozialen Ängste und fördert die Konkurrenz um Status und Ansehen; der Einzelne steht unter dem ständigen Druck der gesellschaftlichen Bewertung. Dabei rücken gemeinschaftliche und freundschaftliche Bindungen zunehmend in den Hintergrund. Ungleichheit macht eine Gesellschaft also sozial dysfunktional.

³ Daten hierzu stammen von den PISA-Studien (Programme for International Student Assessment).

Eine bessere Gesellschaft

Die Politik behandelt die Folgen sozialer Ungleichheit unabhängig voneinander. Fettleibigkeit wird mit Sportinitiativen bekämpft, Aufklärungskampagnen sollen Teenager-Schwangerschaften verhindern und gegen zunehmende Gewalt wird das Strafrecht verschärft. Dabei wird immer mehr investiert, um die Symptome dieser sozialen Fehlfunktionen zu bekämpfen, anstatt zu ihrer Ursache vorzudringen, d. h. der sozialen Ungleichheit.

Um Ungleichheit abzubauen, schlagen Pickett und Wilkinson verschiedene Wege vor: Über Steuerverteilung bis zur Einschränkung überzogener Spitzenlöhne sowie der Schließung von Schlupflöchern im Steuersystem. Auch die Einführung von Mindestlöhnen kann aus ihrer Sicht ein wichtiges Mittel sein. Da die Gewerkschaften als zentrale Träger sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit an Einfluss verloren haben, Wirtschaftsunternehmen immer höhere Gewinne erzielen und sich das Produktivvermögen in der Hand einiger weniger sehr reicher Menschen und Unternehmen kumuliert, ist das Gewebe der Gesellschaft bereits beschädigt. Dies kann unkalkulierbare Folgen haben, wie zuletzt die Finanzkrise gezeigt hat.

Eine grundlegende Alternative können zum einen Wirtschaftsformen sein, die nicht ausschließlich auf Profitmaximierung ausgelegt sind: Genossenschaften, kooperativ geführte Unternehmen und Möglichkeiten der Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenseigentum. Zum anderen muss das langfristige Ziel sein, das Dogma des wirtschaftlichen Wachstums abzulegen, um nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften zu ermöglichen, wie es auch der Wirtschaftswissenschaftler Herman Daly von der University of Maryland vorschlägt. Die Wirtschaft kann nicht unbegrenzt weiterwachsen, denn die Ressourcen, auf denen das Wachstum basiert, sind in absehbarer Zeit erschöpft. Stattdessen sollte ein intelligentes Ressourcenmanagement betrieben und nachhaltige Innovationen, z.B. im digitalen Bereich (»gewichtlos« Wirtschaftssektion), gefördert werden, um im Hinblick auf Erderwärmung und zunehmende Ressourcenknappheit aktiv zu werden. Außerdem würden in einer gleicheren Gesellschaft weniger ressourcenlastige Konsumgüter verbraucht werden, da der Konsumdruck und die Statuskonkurrenz geringer wären.

Ein Mehr an Gleichheit ist also nicht nur besser für die Gesellschaft und jeden Einzelnen, sondern auch für Wirtschaft und Umwelt. Pickett und Wilkinson zeigen eindrücklich, dass dies keine Utopie ist, sondern mit dem nötigen politischen Willen praktisch umsetzbar: »It doesn't take a revolution to put things right.«



Über die Autoren

Liana Fix studierte Geschichts- und Medienwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und in Tours, Frankreich. Sie ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kate Pickett ist Professorin für Epidemiologie an der Universität York und Berufswissenschaftlerin am National Institute for Health Research in London.

Richard Wilkinson ist Professor emeritus für Sozial-Epidemiologie an der Medical School der Universität Nottingham, Ehrenprofessor am University College London und Gastprofessor an der Universität York.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de